

# 20 Millionen pro Jahr

## CDU-Landes-Vize kritisiert grün-rote Personalkosten-Steigerung

Während die CDU-Landtagsfraktion noch Oppositionsarbeit lernen muss, wie der Horber Stadtverbands-Vorsitzende Thomas Kreidler beobachtet hat, knöpfte sich der Donaueschinger Oberbürgermeister Thorsten Frei am Donnerstag die grün-rote Landesregierung vor.

ANDREAS ELLINGER

**Horb.** Rund 1,2 Milliarden Euro wolle die neue Landesregierung in Kleinkindbetreuung, Ganztagschulen und Co. investieren, sagte Thorsten Frei, der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU – finanzieren wollten Grüne und SPD das mit einer höheren Grunderwerbssteuer, die nur bis zu 350 000 Euro einbringen solle. „Das ist grün-rote Finanzpolitik...“ Und: „Ich finde es schon ein bisschen komisch, dass eine Steuer erhöht wird, die nicht die ganz Reichen trifft, sondern junge Familien.“

Sorgen macht sich der Oberbürgermeister um die kommunalpolitischen Handlungsspielräume. Die CDU habe vor der Landtagswahl ein Gesetz eingebracht, dass es Kommunen ermöglichen sollte, befristet und örtlich begrenzt den Alkoholkonsum zu verbieten – das habe „die neue Mehrheit im Landtag“ abgelehnt, obwohl einer der Impulse für die Gesetzes-Initiative von der Stadt Freiburg ausgegangen sei, die bekanntlich einen grünen Oberbürgermeister hat. Es gehe bei der mehrheitlichen Ablehnung durch Grüne und SPD also nicht um Parteipolitik, folgerte Thorsten Frei – diese Herangehensweise stehe für „den Geist der Regierung“. Die Frage sei, „ob man durchregiert“ oder den untergeordneten Einheiten Eigenverantwortung übertrage. „Wir wollten die Chance bieten, vor Ort situationsangepasst zu reagieren.“

Auch was die Energiewende und den Flächenverbrauch betrifft, fürchtet der Oberbürgermeister um die kommunale Planungshoheit. „Wir müssen sehr stark anpassen, dass die Dinge in die richtige Richtung gehen.“ Er erinnerte daran, dass die CDU während ihrer



Donaueschingers Oberbürgermeister Thorsten Frei, der stellvertretender Landesvorsitzender der CDU ist, sprach am Donnerstag im Gasthaus „Schiff“. Bild: ael

Regierungszeit eine „Politik des Ausgleichs“ zugunsten des ländlichen Raumes gemacht und „die Infrastruktur übers ganze Land verteilt“ habe. Thorsten Frei: „Das ist uns besser gelungen als in allen anderen Bundesländern.“ Und ein wichtiges Instrument dieser Politik sei das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ (ELR) gewesen, das es künftig zu erhalten gelte.

„Ein Schritt in die richtige Richtung“ sei es, dass Rot-Grün schon in diesem Jahr auf eine Neuverschuldung verzichten wolle. Seit Mai stehe fest, dass das Land Steuer-Mehreinnahmen von mehr als einer Milliarde Euro zu erwarten habe. „Deshalb ist es richtig, dass die vorgesehenen Schulden nicht gemacht werden. Dann bleibt immer noch eine freie Spitze im dreistelligen Millionen-Bereich, um Wahlversprechen zu finanzieren.“ Die Landesregierung habe aber „bis gestern noch das Gegenteil einer nachhaltigen Finanzpolitik“ betrieben, merkte der Landes-Vize der CDU am Donnerstag an. Grüne und SPD hätten rund 300 zusätzliche Stellen in der Ministerialbürokratie geschaffen – was einem Stellenanteil von zehn Prozent entspreche. „Das sind 20 Millionen Euro extra Jahr für Jahr.“

Was die Bildungspolitik angehe, mit der sich die CDU demnächst auf einem Landes- und einem Bundestag befasse, sei es nicht sinnvoll, „Mann und Maus in die Waagschale zu werfen, um das dreigliedrige Schulsystem zu erhalten“, meinte Thorsten Frei. „Wichtig ist, dass wir ein differenziertes Schulsystem haben.“ Das Land soll

le sich an den Besten orientieren und nicht an den Schlusslichtern. „Die Länder, in denen die SPD den Kultusminister stellt, die Einheits- oder Gesamtschulen haben, diese Länder finden sich in der unteren Hälfte...“ – im innerdeutschen Ranking der Bildungsqualität.

Bezüglich des Bahnhofs-Projekts „Stuttgart 21“ ist der CDU-Politiker optimistisch, dass die Bürger für das Vorhaben stimmen. Falls der Volksentscheid anders ausgehe, sehe er das juristische Problem, dass er „womöglich nicht umgesetzt werden kann“. Denn die Geschäftsgrundlage für den Finanzierungs-Vertrag zwischen Land und Bahn bestehe weiterhin – danach müsse sich das Land mit 823 Millionen Euro beteiligen. Sofern ein Ausstieg aus dem Projekt überhaupt möglich sei, so koste jener voraussichtlich 1,2 bis 1,5 Millionen Euro. An der Entscheidung, ob der unterirdische Bahnhof gebaut wird oder nicht, macht Thorsten Frei fest, „wie flexibel, wie offen, wie zukunftsorientiert wir sind“.

Zur Zukunftsorientierung gehört es für den OB auch, „heftige Anstrengungen zu unternehmen, damit wir die Energiewende schaffen“. Wenn Wasserkraftwerke mit Stauseen zur Stromspeicherung geplant würden, werde es wie bei Bad Säckingen womöglich um die Frage gehen: „Grüne Energie oder Naturschutz?“ Der CDU-Politiker bereitete seine Zuhörer darauf vor, „dass die eine oder andere Raupe dann gegebenenfalls drei Kilometer weiter östlich leben muss“.

**Info:** Siehe auch die Lokalseite 1